Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet
Abg. Ludwig Hartmann
Abg. Erwin Huber
Abg. Natascha Kohnen
Abg. Thorsten Glauber
Abg. Sandro Kirchner
Abg. Hans Ritt
Staatsministerin Ilse Aigner

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
"Atomrisiko verkleinern - Gundremmingen abschalten. Thüringer Strombrücke macht schnelleren Ausstieg möglich."

Die Regeln für die Aktuelle Stunde sind bekannt. – Erster Redner ist Herr Kollege Hartmann vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! In meiner Familie haben wir früher die Milch immer in der eigenen Milchkanne direkt vom Bauernhof geholt. Nach der Schule bin ich mit meinen Brüdern auf den Bolzplatz, in den Wald oder in den Sandkasten hinaus. Die Pfingstferien haben wir immer da verbracht, wo es am schönsten ist: an den bayerischen Seen oder in den bayerischen Bergen.

Im Frühjahr 1986 war auf einmal alles anders. Die Milch kam plötzlich aus einem großen Sack mit Milchpulver, der bei uns in der Küche stand. Gemüse kam aus der Konserve statt vom Markt, und obwohl wir nicht krank waren, haben wir täglich Jodtabletten bekommen. Der Spielplatz um die Ecke wurde gesperrt, bis der Sand ausgetauscht war. Statt die Pfingstferien in Bayern zu verbringen, bin ich das erste Mal in meinem Leben in einen Flieger gestiegen; es ging nach Spanien, möglichst dahin, wo es nicht geregnet hatte, als die radioaktive Wolke über Westeuropa gezogen war. Es waren die Tage nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl vor 30 Jahren.

Es waren Tage, die ich nie vergessen werde. Es war eine Zeit, in der es so schien, als ob nichts mehr so war wie vorher. Ich war damals sieben Jahre alt; aber ich kann Ihnen sagen, auch mit sieben Jahren hat man sofort verstanden: Da ist etwas passiert, was nie hätte passieren dürfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die Landtagsdebatten, die ab Herbst 1986 hier in diesem Hohen Haus geführt worden sind, waren wegen des Einzugs der GRÜNEN teilweise richtig heftig. Sie, Herr Kollege Erwin Huber, erinnern sich sicher noch gut daran, wie Sie damals noch felsenfest die bayerische Atomkraft verteidigt haben. Sehr geehrter Kollege, keine Angst! Ich möchte heute nicht die alten Debatten führen.

(Erwin Huber (CSU): Doch!)

Ich möchte den Blick auf heute und morgen richten. Ich bin froh, dass wir seit fünf Jahren in unserem Land einen breiten Konsens haben, dass die Atomkraft zu riskant ist und dass wir aussteigen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor fünf Jahren haben wir den Ausstieg beschlossen. Aber er ist längst noch nicht vollzogen. In Deutschland laufen noch acht Atomkraftwerke. Sie produzieren jeden Tag knapp eine halbe Tonne hoch radioaktiven Abfall. Das sind 20 bis 25 Castorbehälter, die neu in die Zwischenlager kommen, und keiner weiß bis heute, wohin eines Tages mit diesem hoch gefährlichen Abfall.

Drei der acht noch laufenden Atomanlagen hierzulande stehen in Bayern, zwei davon in Gundremmingen. Die beiden Blöcke in Gundremmingen sind die letzten Siedewasserreaktoren in Deutschland. Siedewasserreaktoren waren die Billiglinie der Firma Siemens in den 60er- und 70er-Jahren, entwickelt, um Kosten zu sparen, sozusagen der Aldi unter den Atomkraftwerken. Nach Gundremmingen sind keine weiteren Siedewasserreaktoren in Deutschland gebaut worden. Die acht anderen Siedewasserreaktoren, die es in Deutschland gab, sind längst stillgelegt. In ganz Europa laufen nur noch zwölf Siedewasserreaktoren, und für vier ist auch bereits die Stilllegung beschlossen. Seit über 30 Jahren wurde kein Siedewasserreaktor mehr in Betrieb ge-

nommen. Gundremmingen gehört tatsächlich zu den letzten seiner Art – ein Fossil, und dazu ein verdammt gefährliches.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist nun an den Siedewasserreaktoren so gefährlich? – Dieser Discount-Reaktor hat nur einen Kühlkreislauf. Das radioaktive Wasser kommt aus dem Reaktor direkt auf die Turbine – dadurch wird das Maschinenhaus mit verstrahlt –, und wenn es im Kühlkreislauf zu einem Leck kommt, ist die radioaktive Verseuchung relativ schnell erreicht. Die Billigreaktoren sind deutlich gefährlicher als bestehende Druckwasserreaktoren. Auch die Fukushima-Anlagen waren Siedewasserreaktoren.

Gespart wurde auch an einer zweiten Stelle, nämlich durch einen möglichst kleinen Sicherheitsbehälter. Ein Abklingbecken hat darin keinen Platz mehr; es befindet sich außerhalb des Sicherheitsbehälters. Das geht auf Kosten der Sicherheit. Der Schutz vor einem Flugzeugabsturz oder einem Terrorangriff ist deutlich geringer.

In Gundremmingen haben wir auch noch einen Sonderfall, auf den ich gern kurz eingehen möchte: Es gibt einen Mangel im Notkühlkreislauf. Anders als bei anderen deutschen Atomkraftwerken besitzt Gundremmingen nur drei statt vier vollwertige Notkühlstränge. Die Anlage ist alt und anfällig. Im letzten Jahr hatten wir fünf meldepflichtige Ereignisse und eine Eilmeldung, und es gab eine Reaktorschnellabschaltung bei voller Leistung der Anlage. Grund war hier menschliches Versagen. Das ist in einer Atomanlage unvorstellbar. Menschliches Versagen kann in diesem Bereich nur noch bei einer Doppelbauweise vorkommen, da es keine räumliche Trennung gibt. Ganz kurz erklärt: Eine Anlage war abgeschaltet, die andere war im Vollbetrieb. Der Mitarbeiter hat das falsche Ventil aufgedreht: statt von der abgeschalteten Anlage von der Anlage, die auf voller Last gefahren ist.

Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, Gundremmingen ist das größte atomare Risiko in Deutschland.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diesem Risiko sollten wir uns nicht weiter aussetzen. Wir können den Atomausstieg beschleunigen und die gefährlichste Atomanlage in unserem Land bereits in diesem Jahr komplett abschalten. Warum mit dem Risiko leben und Atommüll produzieren, wenn es jetzt schon anders geht?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Atomausstieg und Energiewende sind zwei Seiten derselben Medaille. Sehen wir es doch einmal so: Die Politik hat mit den Bürgerinnen und Bürgern eine Art "Vertrag" geschlossen: Wir schalten die gefährlichen Atomanlagen ab; wir steigen auf erneuerbare Energien um, bauen unser Energiesystem hin zu Wind und Sonne um und erwarten, dass der dafür notwendige Stromleitungsausbau akzeptiert wird.

In Kürze ist die Thüringer Strombrücke fertig. Sie kann gut 2 Gigawatt Strom, viel sauberen Windstrom aus dem Norden, nach Bayern transportieren. Die Bürgerinnen und Bürger haben damit einen Teil ihres Beitrags laut Vertrag erfüllt. Jetzt muss die Politik liefern. Es muss ein Zug-um-Zug-Geschäft geben: 2 Gigawatt weniger Atomstrom, dafür 2 Gigawatt mehr Strom aus der neuen Windkraftader, der Thüringer Strombrücke.

Daneben – das ist hier im Hohen Haus hinreichend bekannt – stehen noch für circa 4,6 Gigawatt Leistung Gaskraftwerke in Bayern, die zurzeit nur zu einem Bruchteil benötigt werden. Die bekanntesten Beispiele sind die beiden hoch effizienten und modernen Gaskraftwerke in Irsching. Nur: Leider stehen sie meistens still. Dank der Thüringer Strombrücke und der vorhandenen Leistungsreserven der Gaskraftwerke brauchen wir Gundremmingen für die Versorgungssicherheit nicht mehr; es kann abgeschaltet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für uns GRÜNE steht fest: Die Politik ist moralisch verpflichtet, die Doppelabschaltung voranzubringen. Warum mit dem Risiko leben, wenn es auch anders geht?

Ilse Aigner, Sie haben der "Augsburger Allgemeinen" aus dem Bauch heraus gesagt: Versorgungssicherheit; es geht nicht anders. Ich bitte Sie als zuständige Ministerin: Lassen Sie es sich ausrechnen. Schauen Sie sich die Zahlen und Fakten an. Ich kann Ihnen versichern, wir haben es rechnen lassen. Der Ausstieg ist deutlich schneller möglich, und wenn dies so ist, dann ist die Politik verpflichtet, diesen auch zu vollziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen versichern, dass in Bayern keine einzige Lampe anfangen wird zu flackern, wenn Gundremmingen abgeschaltet wird. Ein Beispiel noch dazu: Allein im letzten Jahr haben wir die doppelte Menge Strom, die Gundremmingen in dieser Zeit produziert hat, ins Ausland verkauft.

Um es zusammenzufassen: Wir haben ein Kraftwerk, das hoch gefährlich ist, das die gefährlichste Atomanlage in Deutschland darstellt und von der ein gewaltiges Risiko ausgeht. Die Thüringer Strombrücke wird demnächst fertiggestellt sein. Diese kann 2 Gigawatt Strom nach Bayern bringen. Gundremmingen produziert aktuell 2,5 Gigawatt Strom. Wir haben die Gaskraftwerke, die zurzeit nicht benötigt werden, als weitere Leistungsreserve. Das heißt: Aufgrund der Thüringer Strombrücke und bei In-den-Markt-Bringen der Gaskraftwerke, die bereits vorhanden sind, wird der Atomstrom aus Gundremmingen nicht mehr benötigt.

Das sollten wir anpacken. Dazu sind wir verpflichtet.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Erwin Huber von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

(Isabell Zacharias (SPD): Der Huber macht es jetzt!)

Erwin Huber (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, guten Morgen! Ich habe den Eindruck, dass Herr Kollege Hartmann hier ein Manuskript aus dem Jahr 1986 aufgewärmt hat. Jedenfalls ist diese Stunde weder aktuell noch sinnvoll. Um es deutlich zu sagen: Sie bedient eigentlich nur die Basis der GRÜNEN, hat aber mit einer sinnvollen Energiepolitik in Bayern und Deutschland absolut nichts zu tun.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Hartmann, Sie hätten aus den Requisiten ein altes T-Shirt und vielleicht diesen Button "ATOMKRAFT? NEIN DANKE" hervorholen sollen. Ich stelle Ihnen diese Dinge gerne aus meiner Rumpelkammer zur Verfügung, wenn Sie sie brauchen.

So viel zum Sinn Ihrer Aktuellen Stunde. Aber natürlich ist es richtig, auch inhaltlich etwas dazu zu sagen.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Die deutschen und die bayerischen Kernkraftwerke sind die sichersten der Welt.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Sie haben gesagt, in Tschernobyl und Fukushima seien ähnliche Technologien eingesetzt gewesen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Das ist so!)

Zu Fukushima muss man sagen: Das war kein inhärenter Atomunfall, sondern die Einflüsse kamen extern.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Passiert ist er trotzdem! Sagen Sie das den Opfern! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Herr Kollege Aiwanger, Ihnen als großem Experten in Sachen Kernenergie darf ich versichern, dass weder in Gundremmingen oder sonst wo eine aktuelle Tsunami- oder Erdbebengefahr besteht. Deshalb kann man das nicht übertragen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Isar 1 ist auch so etwas gewesen! Isar 1 war sicher!)

Deshalb kann man das nicht übertragen. Sie machen nur Stimmung und Angst, aber keine reale Politik.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie beschwichtigen!)

Das taktische Element erkennen Sie daran, dass man eine Aktuelle Stunde beantragt hat, aber keinen Antrag einbringt, weil man weiß, dass ihn die CSU und wohl auch die SPD ablehnen würden. – Frau Kohnen, Sie dürfen mir Ihr Rederecht übertragen; denn wir stimmen ja insoweit überein, dass wir dies aus verschiedenen Gründen ablehnen.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Aiwanger, Sie haben nicht das Wort!

Erwin Huber (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Lassen Sie ihn doch reden, Herr Präsident. Es hört doch eh keiner zu, was der Aiwanger sagt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Nach Fukushima gab es den großen Konsens in Deutschland, aus der Kernenergie auszusteigen, was eigentlich nach Tschernobyl schon klar war, weil kein neues Kernkraftwerk mehr gebaut wurde. Seinerzeit, im Jahr 2011, hat man fünf Reaktoren sofort stillgelegt, und für weitere acht ist ein Zeitplan von 2011 bis 2022 vereinbart worden. Dies ergibt auch eine Rechtsposition für die Betreiber. Wir sind der Meinung, Politik muss glaubwürdig und verlässlich sein. Wir stehen zu dieser gesetzlichen Regelung und können sie nicht wegen einer Stimmungsmache der GRÜNEN jetzt wieder umkrempeln.

(Beifall bei der CSU)

Man muss auch sehen, dass dies vor dem höchsten deutschen Gericht angefochten wurde. Die Gerichtsentscheidung sollten wir abwarten. In einer solchen Situation das Gesetz von 2011 zu verändern, ist rechtsstaatlich außerordentlich problematisch.Die GRÜNEN haben sowieso ein gebrochenes Verhältnis zum Rechtsstaat,

(Beifall bei der CSU – Beifall des Staatssekretärs Franz Josef Pschierer – Widerspruch bei den GRÜNEN)

wir jedenfalls nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Wenn Kernkraft insgesamt so unverantwortbar wäre, frage ich, warum die Länder, in denen die GRÜNEN an der Regierung beteiligt sind, die Kernkraftwerke weiterbetreiben. Ich schaue nach Baden-Württemberg mit einem GRÜNEN Ministerpräsidenten und sehe: Die Kernkraft läuft im Rahmen der Gesetze weiter.

(Staatsministerin Ilse Aigner: Aha! – Zurufe von den GRÜNEN)

Ich schaue nach Niedersachsen mit GRÜNER Regierungsbeteiligung und sehe: Die dortigen Kernkraftwerke laufen weiter. Ich schaue nach Hamburg und sehe: Die dortigen Kernkraftwerke laufen im Rahmen der Genehmigung weiter. Was Sie hier machen, ist doch Verblödung der Leute, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Wer dort, wo er in der Mitverantwortung ist, nicht handelt, aber dort, wo er in der Opposition ist, die größten Sprüche macht, dem fehlt jede Glaubwürdigkeit in diesem Zusammenhang.

(Beifall bei der CSU)

Auch muss ich etwas zu den Risiken sagen. Herr Hartmann, einseitig Risiken anzusprechen, ist immer leicht. Aber man muss wissen: Wenn wir die zwei Blöcke von Gundremmingen abschalten würden, bräuchten wir trotzdem den Strom.

(Zuruf von der CSU: Er kommt aus der Steckdose! – Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Der Strombedarf geht auch in Bayern nicht zurück. Das heißt, wir müssten dann diesen Strom importieren. Sie sprechen von der Strombrücke und von anderen Leitungen. Der Strom, der im Moment den Strom aus Kernkraft und Gas ersetzt, ist Kohlestrom. Das heißt, in Deutschland wird – ich sage dazu: leider – auch in den Ländern, in denen die GRÜNEN etwas zu sagen haben, die Kohleverstromung ausgeweitet. Deshalb hatte Deutschland in den Jahren 2014 und 2015 eine verdammt schlechte Klimabilanz mit steigenden CO_2-Emissionen.

Wer jetzt sagt, "Wir steigen vorzeitig und vor den gesetzlichen Terminen aus der Kernenergie in Bayern aus", nimmt in Kauf, dass das klimaschädliche CO_2 in höherem Maße emittiert wird. Ich kann also sagen: Die GRÜNEN sind die größten Klimaschädlinge in Deutschland.

(Beifall bei der CSU – Beifall des Staatssekretärs Franz Josef Pschierer – Zuruf von den GRÜNEN)

Mit dem grünen Anorak und mit dem grünen T-Shirt durch die Landschaft zu laufen, ist das eine, aber echte Klimapolitik zu machen, ist das andere.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Bayern hat die beste Klimabilanz.

(Beifall bei der CSU)

Da können Sie reden, so lange Sie wollen – wir sind stolz auf diese Bilanz.

Außerdem ist das natürlich auch eine Frage der Versorgungssicherheit. Derzeit deckt die Kernenergie noch etwa 50 % des Strombedarfs in Bayern. Natürlich steigen wir um; das ist gar keine Frage.

Ich habe auch in der Bürgersendung, in der wir waren, Herr Kollege Hartmann, in Gundremmingen gesagt: Dieser Zeitplan wird nicht verlängert. Manche Leute aus der Wirtschaft sagen: Da muss man das Gesetz ändern und die Laufzeit über 2022 hinaus verlängern. – Das wird nicht stattfinden.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Hört, hört!)

Wir stehen zu dem, was vereinbart ist. Wir schaffen es auch in der geplanten Zeit, obwohl das nicht einfach ist. Wir in Bayern stehen an der Spitze der Nutzung der regenerativen Energien. Wir bauen sie weiter aus und fördern sie.

Aber gerade die systemrelevanten erneuerbaren Energieträger Wasser und Biogas werden ebenfalls von den GRÜNEN bekämpft. Sie sind also auch dabei nicht konsequent. Wenn Sie konsequent wären und sagten, Kernkraft und anderes müssten weg, müssten Sie uns eigentlich stärker dabei unterstützen, die Nutzung regenerativer Energiequellen weiter auszubauen, zum Beispiel bei der Wasserkraft.

(Zurufe von den GRÜNEN: Windkrafterneuerung! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Aber wenn nur ein einziges Speicherkraftwerk oder ein Wasserkraftwerk in die Debatte kommt, sind an erster Stelle wieder die GRÜNEN dagegen.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt muss ich zu Ihrem Lieblingsthema Export noch etwas sagen. Das stimmt bei den Gesamtmengen. Aber der Strom ist ein Sekundenprodukt. Man kann ihn nicht lange speichern, jedenfalls im Moment nicht. Das heißt, man muss ihn zu der Zeit herstellen, zu der man ihn auch verbraucht. Das ist in der Tat eine Sache von Sekunden.

In Deutschland haben wir natürlich Zeiträume mit starker Sonneneinstrahlung oder mit starkem Wind, in denen wir einen deutlichen Stromüberschuss haben. Den verschenken wir quasi. Er fließt für zwei Cent pro Kilowattstunde etwa nach Holland oder Italien, also mehr oder weniger nach ganz Europa. Diese Länder bedanken sich; denn so billigen Strom bekommen sie nirgendwo sonst.

Dieser Strom ist hoch subventioniert; denn er ist nur deshalb so billig, weil Wirtschaft und Verbraucher über die EEG-Umlage sieben Cent pro Kilowattstunde bezahlen. Das heißt, der Verbraucher in Deutschland subventioniert, wenn wir Stromüberschuss haben, den Strom in den anderen europäischen Ländern. Sinnvoll ist das natürlich nicht. Das kommt daher, weil die Stromerzeugung aus regenerativen Energiequellen volatil ist. Deswegen ergibt sich so eine Situation.

Aber in den Zeiten, in denen der Wind nicht weht – auch nicht in Norddeutschland – und die Sonne nicht scheint – das sind viele tausend Stunden im Jahr –, brauchen wir natürlich auch Strom. Deshalb sind wir bis zum Jahr 2022 auch auf den begrenzten Einsatz der Kernenergie in Bayern aus Gründen der Versorgungssicherheit und aus ökologischen Gründen angewiesen.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Deshalb sage ich: Was die GRÜNEN heute hier auftischen, ist Klamauk und hat mit Realpolitik nichts zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als nächste Rednerin hat Frau Kohnen von der SPD das Wort. Bitte schön.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Huber, der Tag wird nicht kommen, an dem Sie meine Redezeit erhalten, sorry.

(Erwin Huber (CSU): Das ist aber schade! – Zurufe von der CSU: Oh!)

Wenn Sie sagen, Bayern habe die beste Klimabilanz, muss ich Ihnen entgegnen: Das stellt einem echt die Haare auf und dreht einem den Magen um, weil man ehrlicherweise sagen muss, dass diese beste Klimabilanz darauf beruht, dass Bayern ein Atomstaat war und ist – auf nichts anderem.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Auf der anderen Seite habe ich gestern nicht nachvollziehen können, warum Sie von den GRÜNEN heute die Aktuelle Stunde damit bestreiten, Gundremmingen abschalten zu wollen, wo wir doch erst vor Ostern einen gemeinsamen Berichtsantrag gestellt hatten. Wir wollten wissen, woher die Störfälle in Gundremmingen kamen und kommen. Das heißt: Wenn, dann hätte ich an Ihrer Stelle im Prinzip schon vor Ostern die Abschaltung gefordert. Das Beste für heute wäre ein Dringlichkeitsantrag gewesen; denn darüber hätten wir abstimmen können.

Genauso verwunderlich war – das habe ich gestern gelesen –, dass Sie, Frau Aigner, sagen, es sei unseriös und verantwortungslos von den GRÜNEN. Das glaube ich tatsächlich nicht,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

und zwar aus mehreren Gründen. Nach Fukushima hatten Sie überhaupt kein Problem damit, der Devise zu folgen, dass wir ein Energiegesamtkonzept zum Ausstieg aufstellen. Da ging es ja auch, Sie sagten gestern, Gundremmingen abzuschalten ginge nicht, weil es sich um ein Gesamtkonzept handele. Nach Fukushima ging es auch – erstens.

Zweitens hatte weder die Staatsregierung noch die CSU nach Fukushima ein Problem damit, in den Jahren 2013 bis 2015 Konzepte zur Energiewende auf den Kopf zu stellen – leider. Wir haben in den zwei Jahren viel Zeit für Kämpfe verloren, die wir jetzt

vor Gericht klären müssen. Ich nenne nur das Stichwort 10-H-Regelung. Nächsten Dienstag ist die Verhandlung dazu.

Herr Huber, vielleicht fürchten Sie Klagen der Energieversorger bzw. der AKW-Betreiber. Absehbar ist, dass sich die Bundesregierung, der Minister Ihrer Partei angehören, sich unter Umständen auf eine Atomstiftung einlassen wird, sodass die Betreiber auf Klagen verzichten. So sieht es jetzt zumindest aus.

(Zuruf von der CSU: Ihr Wirtschaftsminister!)

– Was heißt "mein Wirtschaftsminister"? Sie können sich da leider nicht abspalten; denn das wäre schizophren. Sie gehören doch irgendwie dazu, sorry.

(Beifall bei der SPD)

Aber EnBW hat gestern bei der Klage eine Schlappe erlitten. Das heißt, das Unternehmen konnte sich nicht gegen die schnellere Abschaltung durchsetzen. Ich hätte da wenige Befürchtungen. Das zieht auch nicht.

Wenn Sie dann den GRÜNEN vorwerfen und uns in gewisser Weise auch, dass die Versorgungslücke, die durch eine Abschaltung Gundremmingens entsteht, nicht zu füllen wäre, muss ich sagen: Das stimmt nicht.

(Erwin Huber (CSU): Schmutzig!)

– Jetzt komme ich auf die saubere Lösung zu sprechen. Wenn Sie das, was zum Beispiel im Moment in Irsching allein für Redispatch verwendet wird, schon als Kapazitätsversorgung nehmen würden, hätten Sie im Prinzip schon mehr als einen Block von Gundremmingen ersetzt – durch die Nutzung von Gas, also nicht schmutzig.Diese Berechnungen existieren. Die Thüringer Strombrücke ist entgegen der Planungen – Sie bestehen immer auf Ihre Planungen – früher fertig geworden. Das war eine saubere Durchführung. Der bayerische Teil steht. Seit Ende des Jahres 2015 ist bereits eine Teilinbetriebnahme erfolgt. Ursprünglich war sie für das Frühjahr 2016 geplant. Das

bedeutet, dass wir aus der Thüringer Strombrücke Kapazität in Höhe von 2 Gigawatt bekommen. Das Atomkraftwerk Gundremmingen lässt sich tatsächlich sauber ersetzen. Herr Huber, das ist so. Daran führt kein Weg vorbei.

Jetzt kommen wir auf das Wesentliche. Sie werfen den GRÜNEN und der SPD vor, sie würden bezüglich Gundremmingen nicht richtig argumentieren. Was ist denn Gundremmingen? – Das sind die ältesten Siedewasserreaktoren, die in Deutschland noch laufen. Das sind die einzigen, die es in Deutschland noch gibt. Sie sind hochgradig gefährlich. Laut Branchenexperten besteht die Möglichkeit, dass Gundremmingen hochgeht. Das kann heute oder erst in zwei bis drei Jahren passieren. Gundremmingen läuft deutlich länger, als es im Hinblick auf den Sicherheitsaspekt geplant war. Die Siedewasserreaktoren sind in den Sechziger- und Siebzigerjahren gebaut worden. Mit diesen Reaktoren sind ganz hohe Risiken verbunden. Für beide Reaktoren in Gundremmingen gibt es keinen Nachweis, dass sie dem Absturz eines großen Flugzeugs standhalten würden. Beide Reaktoren sind nur noch genehmigt, weil bei der Neufassung des kerntechnischen Regelwerks von Bayern für das Atomkraftwerk Gundremmingen Ausnahmen durchgesetzt worden sind. Allein aus diesem Grund laufen die beiden Reaktoren noch. Eigentlich dürften sie gar nicht mehr laufen. Die Abklingbecken der Reaktoren werden, anders als bei anderen Druckwasserreaktoren in Deutschland, nicht durch den Sicherheitsbehälter geschützt. Außerdem haben beide Reaktoren in Gundremmingen nur einen Hauptkreislauf anstatt eines Primär- und Sekundärkreislaufs, wie es bei Druckwasserreaktoren der Fall ist.

Diese Faktoren machen Gundremmingen zu einem Pulverfass. Angesichts der Anschläge von Brüssel ist weder ein deutsches noch ein europäisches Atomkraftwerk gegen den gezielten Absturz eines großen Verkehrsflugzeugs oder neueste Waffen, die eine hohe Durchschlagskraft haben und über die Terroristen verfügen, abgesichert. Was in den deutschen Medien zu lesen war, ist absurd. Wenn Attentäter in Atomkraftwerke hineinkämen, wie man es in Belgien vermutet hat, würde es in Deutschland angeblich nur zu einer Schnellabschaltung kommen. Das ist absurd.

Wenn ein Attentäter Kenntnisse mitbringt und einen Terroranschlag in einem Atomkraftwerk verüben möchte, ist das überhaupt kein Problem. Das kann ebenfalls zu einem Super-GAU führen. Im Hinblick auf den Terrorismus muss man sich unbedingt Gedanken darüber machen, wie man mit den noch laufenden Atomkraftwerken umgeht.

(Beifall bei der SPD)

Nicht umsonst wurden die beiden Atomkraftwerke in Belgien nach den Attentaten geräumt. In Bayern wird so getan, als sei alles super sicher und überhaupt kein Thema. Das ist ein Thema.

(Erwin Huber (CSU): Das hat mit der Technik nichts zu tun!)

– Ich habe Ihnen die Technik schon ausgeführt. Das können wir gleich noch einmal machen. Selbstverständlich handelt es sich um Personal. Trotzdem sage ich Ihnen, dass nach den Erfahrungen in Belgien die Gefahr für die Atomkraftwerke deutlich gestiegen ist. Atomkraftwerke stellen ein Hochsicherheitsrisiko dar. Das betrifft nicht nur die beiden Siedewasserreaktoren in Gundremmingen, die aus technischen Gründen, die ich Ihnen gerade aufgezählt habe, definitiv nicht sicher sind. Aus diesem Grund sagen wir sehr klar: Je früher Gundremmingen vom Netz geht, desto besser und desto sicherer.

Frau Aigner, als vorsorgender Staat darf man niemals abwarten, bis ein Super-GAU eintritt. Man muss handeln, wenn man sicher ist, dass es ein unkalkulierbares Risiko gibt. Das gibt es bei Gundremmingen. Daran führt leider kein Weg vorbei.

(Beifall bei der SPD)

Aus diesem Grund sollten Sie deutlich zurückhaltender mit dem Wort "verantwortungslos" umgehen, wenn die SPD oder die GRÜNEN fordern, das Atomkraftwerk Gundremmingen vom Netz zu nehmen und die alten Siedewasserreaktoren abzuschalten. Mit der Thüringer Strombrücke und den Gaskraftwerken bei uns in Bayern, die bei

Weitem nicht ausgenutzt werden, ist das möglich. Berechnungen müssen immer wieder aktualisiert werden. Das geht, wenn Strombrücken früher fertig werden, als geplant.

Der Weg ist bereits da. Sie müssen ihn nur gehen wollen. Ich halte es für falsch, ein Gesamtkonzept vorzuschieben, wenn das Risiko für die Bevölkerung hoch ist. Herr Huber, was Sie heute gesagt haben, hat nicht gezündet – schade.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Herr Kollege Glauber von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen!Die Aktuelle Stunde hat mit einem Rückblick auf den Reaktorunfall von Tschernobyl im Jahr 1986 begonnen. Deshalb stellt sich die berechtigte Frage, wie aktuell die Aktuelle Stunde ist. Wir als FREIE-WÄHLER-Fraktion freuen uns, dass heute, Gott sei Dank, lieber Erwin Huber, eine andere öffentliche Informationspolitik als im Jahr 1986 gemacht wird. Damals haben Sie im Landtag Verantwortung getragen. Damals hat es eine solche Informationspolitik, wie sie heute an den Tag gelegt wird, nicht gegeben. Heute werden die Menschen frühzeitig informiert. Im Jahr 1986 sind die Menschen über die tatsächlichen Risiken von Tschernobyl nicht informiert worden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Als der Fallout kam, sollte man den Salat abdecken!)

Aus meiner Sicht gehört die heutige Debatte in den Bundestag, liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN. Liebe Kollegin Kohnen, Sie haben angesprochen, wie schlimm die Siedewasserreaktoren seien. Wenn Sie das wirklich so schlimm finden, warum werden Sie in der Großen Koalition in Berlin nicht aktiv? Am 30. Juni 2011

haben die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der CSU einen Ausstiegsfahrplan festgelegt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, bitte sagen Sie in diesem Parlament, warum Sie am 30. Juni 2011 diesen Ausstiegsfahrplan festgelegt haben. Die Kollegen der GRÜNEN haben extra einen Sonderparteitag einberufen, um festzulegen, welches Kraftwerk wann abgeschaltet wird. Deshalb ist es nicht rechtens, in der heutigen Debatte zu sagen, dass die Atomkraftwerke ein nicht mehr tragbares Risiko für die Gesellschaft darstellen. Aus meiner Sicht ist das eine Debatte für den Bundestag. Bringen Sie das Thema dort genauso vor. Sagen Sie auch, welche Alternativen Sie der Bevölkerung anbieten.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Thomas Gehring (GRÜNE): Das haben wir gesagt!)

Im Jahr 2009 haben über 93 % der über 1.000 Delegierten unserer Partei für den Atomausstieg gestimmt. Wir haben unsere Meinung nicht geändert. Man muss sich jedoch an die rechtsstaatlichen Verpflichtungen, die Sie im Bundestag beschlossen haben, halten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Von den GRÜNEN und der SPD sollte diese Debatte in den Bundestag getragen werden. Wir werden lauschen, was wirklich aus der Debatte wird. Wir sind jedoch im Bayerischen Landtag. Ich würde mir eine Debatte über die bayerischen Ziele wünschen. Fakt ist, dass wir in Bayern keine Ziele mehr haben. In Bayern haben wir hinsichtlich der erneuerbaren Energien keine Ziele mehr. Liebe Kollegin Kohnen, warum stimmen Sie für die Süd-Ost-Passage, wenn die Thüringer Strombrücke so ein Segen ist? Die Gaskraftwerke in Irsching stehen still. Ich frage mich, warum gerade Sie für die Süd-Ost-Passage stehen, wenn das modernste Kraftwerk in Europa stillsteht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

In Berlin sollte man bestrebt sein, das modernste Kraftwerk Deutschlands ans Netz zu bringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das genau ist es doch, was wir immer wollen. Schauen wir zunächst auf Bayern, und machen wir hier unsere Hausaufgaben.Ich glaube, hier haben wir deutlich mehr Möglichkeiten.

Ich betone: Wenn es zutrifft, dass wir in Bayern keine Energieziele im Sinne einer Bürgerenergiewende oder hinsichtlich der erneuerbaren Energien mehr haben, dann hätte ich mir dazu eine Aktuelle Stunde, beantragt von den GRÜNEN, gewünscht. Damit böte sich eine Möglichkeit, über die weitere Ausgestaltung der Energiewende in Bayern und unsere sonstigen Ziele im energetischen Bereich zu debattieren. Am nächsten Dienstag wird es um die konkrete Frage gehen, was aus der 10-H-Regel folgt.

Es gibt einen rechtsstaatlichen Vertrag zu Gundremmingen. Ich sehe durchaus die Möglichkeit, jederzeit darüber zu diskutieren – aber auf Bundestagsebene. Hier im Bayerischen Landtag sollte es vor allem um die Punkte gehen, auf die wir Einfluss haben. Wir sind zum Beispiel nicht für die 10-H-Regel, sehr wohl aber für die Bürgerenergiewende. Das wäre ein geeignetes Thema für die Aktuelle Stunde gewesen. Wenn wir uns darauf konzentrieren würden, könnten wir mehr für die Energiewende und mehr für Bayern erreichen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Kirchner von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Sandro Kirchner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es ein

bisschen schade, dass die GRÜNEN dieses Thema heute zum Anlass für eine Schaufensterdebatte nehmen.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das ist keine Schaufensterdebatte!)

Ich habe die Diskussion verfolgt und komme zu dem Ergebnis, dass nur wenige Argumente vorgetragen worden sind, die in die Tiefe gehen, während gleichzeitig viele Widersprüche deutlich geworden sind.

Herr Glauber, ich würde gern Ihren Gedanken aufgreifen und ebenfalls die Frage stellen, warum diese Diskussion nicht im vergangenen Jahr, als das AKW Grafenrheinfeld abgeschaltet wurde, geführt worden ist. Insofern ist die von Herrn Glauber formulierte Frage an dieser Stelle berechtigt.

Wenn wir eine sachliche Debatte führen wollen, dann müssen wir ein paar Punkte ansprechen, die Sie, Herr Hartmann, vollkommen übersehen oder bewusst ausgelassen, jedenfalls nicht dargestellt haben.

Ich beginne mit der Stromversorgung. Wir sprechen hier von einem komplexen System aus konventionellen Kraftwerken und erneuerbaren Energiequellen, das ein historisch gewachsenes Stromnetz nutzt. Das europäische Verbundsystem dient dazu, die zeitlich sehr variable Nachfrage nach Strom zu decken.

Zudem müssen wir immer das Gesamtsystem anschauen, Herr Hartmann. Es reicht nicht aus, über die Hinzunahme oder die Wegnahme einzelner Komponenten zu diskutieren. Es bedarf nicht einer isolierten Betrachtung, sondern des Blicks auf das Gesamtsystem. Frau Kohnen und Herr Hartmann, insofern finde ich das, was Sie in Ihren Redebeiträgen gebracht haben, schon etwas unseriös. – "Unseriös" ist vielleicht nicht das richtige Wort; es ist eher desaströs – Entschuldigung.

Kommen wir zur Thüringer Strombrücke. Die GRÜNEN begründen ihre Forderung nach Abschaltung von Gundremmingen mit dem Vorhandensein der Thüringer Strom-

brücke. Auf die Abläufe, die Sachlage und die Fakten zur Thüringer Strombrücke sind Sie aber nicht eingegangen, Herr Hartmann.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

– Herr Hartmann, nicht jetzt reden! Sie hatten vorhin Zeit.

Der Gesamtverlauf ist Ihnen bekannt. Richtig ist, dass im Dezember einer von zwei Stromkreisen der Thüringer Strombrücke provisorisch in Betrieb gegangen ist. Richtig wäre es aber auch gewesen, wenn Sie hinzugefügt hätten, dass gerade im kritischen Winterzeitraum die Übertragungskapazitäten einer hohen Auslastung unterlagen. Dies galt übrigens für alle Stromtrassen in diesem Bereich.

Richtig ist, dass die Thüringer Strombrücke den deutschen Netzengpass ein Stück weit vermindert. Allerdings waren dort in der Vergangenheit nicht ausreichend Ressourcen vorhanden.

Fakt ist auch, dass mit der hohen Auslastung der Thüringer Strombrücke intensive Redispatch-Maßnahmen verbunden sind. Es ist viel Aufwand zu betreiben, um Kraftwerke hochzufahren, die nicht mehr am Markt sind. Kraftwerke sind an das Netz zu nehmen, um Stabilität zu gewährleisten, und Kapazitäten gegebenenfalls abzuregeln.

Herr Kollege Hartmann, wenn Sie seriös gewesen wären, dann hätten Sie auch erwähnt, dass die Thüringer Strombrücke im Frühjahr und im Sommer abgeschaltet werden muss, weil weitere Ausbaumaßnahmen stattfinden. Zudem hätten Sie erwähnen sollen, dass die Thüringer Strombrücke ausgebaut wird, um in Nordbayern Netzstabilität und damit Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Es ist jedenfalls unseriös, Herr Hartmann, wenn Sie sich wie bei einem Puzzlespiel genau die Argumente heraussuchen, die Ihnen gerade passen. Einmal gehen Sie gedanklich von Ost nach West, dann von Nord nach Süd. Das passt überhaupt nicht zusammen.

Im Grunde behaupten Sie, nach der Abschaltung von Gundremmingen seien alle Probleme gelöst. Sie können Ihre Forderung aber nicht mit Fakten stützen. Sie haben kei-

nen Zeitplan vorgelegt. Sie haben keine Lösung aufgezeigt. In der Schule habe ich gelernt: Man stellt eine Behauptung auf, begründet sie und führt dann zum Thema zurück. – Das hat in Ihrer Rede nicht stattgefunden.

Sie täuschen die Bevölkerung. Sie machen Angst. Sie machen Politik mit der Angst der Bevölkerung. Sie präsentieren aber keine Lösungen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie hätten sich auf die Fakten konzentrieren sollen. Im Netz des Betreibers 50Hertz ist ein großer Teil von erneuerbaren Energien konzentriert. Wenn Sie konsequent gewesen wären, hätten Sie hinzufügen müssen, dass diese Energie nicht dann zur Verfügung steht, wenn sie gebraucht wird, und vor allem nicht dort, wo sie gebraucht wird, nämlich im Bereich des Standorts Gundremmingen.

Wir müssen uns die Region um Gundremmingen herum anschauen. Dazu gehören Bayerisch-Schwaben, Ost-Württemberg – die Stadt Ulm! –, der Bodenseebereich und Oberschwaben. Dort sind zwar PV-Anlagen vorhanden, aber keinerlei konventionelle Kraftwerke. Daher ist dort die Versorgungssicherheit nicht gewährleistet.

(Christine Kamm (GRÜNE): Das stimmt so nicht!)

– Frau Kamm, Sie wollen sich anscheinend hinstellen und "Schnipp!" machen. Allerdings müssten Sie in diesem Fall den Anteil der Erneuerbaren Energien in dieser Region versechsfachen. Es ist utopisch anzunehmen, das werde von heute auf morgen gelingen.

Eine frühzeitige Abschaltung würde bedeuten, dass wir die geltende N-minus-Eins-Regel, die der Sicherheit dient, auf der Nord-Süd-Leitung gefährden. Der Stromtransport würde durch die Übertragungsnetzbetreiber eingeschränkt. Vor allem wäre die Netzstabilität gefährdet.

Lassen Sie mich zusammenfassen, was Sie, Herr Hartmann, heute stellvertretend für die GRÜNEN in Bayern – vermutlich auch in Deutschland – gefordert haben: Netzinstabilität, die Gefährdung der Versorgungssicherheit durch Engpässe und eine Erhöhung der CO_2-Emissionen durch die Nutzung von Gas und Kohle zur Stromversorgung. Wenn das Merit-Order-Prinzip greift, wie Sie das fordern, dann bedeutet das, dass Sie, die GRÜNEN, mit Ihren heutigen Forderungen die verstärkte Nutzung von Braunkohle- und Steinkohlekraftwerken herbeiführen würden.

Ich bleibe bei meiner Meinung: Sie sind unseriös!

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, darf ich Sie an die Zeit erinnern?

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Schon eine Minute drüber!)

Sandro Kirchner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Wenn wir seriös sind, dann müssen wir doch zugestehen, dass wir alle uns seit langer Zeit einig sind, dass der Kernenergieausstieg in Bezug auf diesen Punkt sehr ambitioniert war. Wir sollten nicht dazu beitragen, dass das Vorhaben noch ambitionierter und damit unrealistisch wird.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Ritt von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hans Ritt (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Forderung nach vorzeitiger Abschaltung des Kernkraftwerks Gundremmingen, initiiert von den Kollegen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anlässlich des fünften Jahrestags der Atomkatastrophe von Fukushima – Tschernobyl wurde von Herrn Kollegen Hartmann auch schon angeführt –, entzieht sich jedweder Argumentationsgrundlage und ist, um mit den Worten unserer Wirtschaftsministerin Ilse Aigner zu sprechen, populis-

tisch und verantwortungslos. Die Forderung spielt zudem mit den Ängsten der Bevölkerung.

Herr Kollege Hartmann, Sie sprechen von Betrug der Politik an Bayerns Bürgerinnen und Bürgern, wenn weiterhin Atomstrom produziert werde, der für die Versorgungssicherheit nicht mehr benötigt werde. Ist es nicht eher Augenwischerei, Täuschung und Betrug an unseren Bürgerinnen und Bürgern, gefährliche Halbwahrheiten zu präsentieren und sie damit in ihrem Sicherheitsempfinden und Sicherheitsbedürfnis zutiefst zu verletzen?

Sie argumentieren beispielsweise mit den fünf meldepflichtigen Ereignissen im Atomkraftwerk Gundremmingen im Jahr 2015, erwähnen aber nicht, dass jedes dieser fünf Ereignisse auf der internationalen Bewertungsskala INES der niedrigsten Stufe, also null – das heißt, keine oder geringe sicherheitstechnische Bedeutung –, zugeordnet wurde.

(Christine Kamm (GRÜNE): Darüber kann man auch anderer Meinung sein.)

Alle fünf Ereignisse hatten damit keine unzulässigen Auswirkungen auf den Anlagenbetrieb und die Umgebung. Eine Gefährdung des Personals und der Bevölkerung bestand nie. Das Kernkraftwerk Gundremmingen erfüllt alle sicherheitstechnischen Anforderungen und trifft ausreichende Maßnahmen zur Einhaltung der Sicherheitsziele.

(Beifall bei der CSU)

Insbesondere im internationalen Vergleich werden höchste Sicherheitsstandards eingehalten. Ausländische Standards werden dabei oftmals übertroffen. Alle bisher durchgeführten Sicherheitsüberprüfungen, auch anlässlich der Ereignisse in Fukushima, bescheinigen den beiden Blöcken in Gundremmingen ein sehr hohes Sicherheitsniveau.

(Christine Kamm (GRÜNE): Das stimmt nicht!)

Für die katastrophalen Unfälle in Japan war nicht die Tatsache ursächlich, dass es sich bei den betroffenen Anlagen um Siedewasserreaktoren handelte, sondern waren Auslegungsdefizite der betroffenen Kernkraftwerke. Die Anlage in Gundremmingen weist erhebliche, sicherheitstechnisch relevante Unterschiede zu den japanischen Anlagen auf und verfügt über einen umfangreichen Schutz gegen Einwirkungen von außen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Genau das ist falsch! Das ist eine Beschönigung unglaublicher Art!)

– Frau Kollegin Kamm, vielleicht hören Sie auch zu! – Gundremmingen verfügt pro Block über sechs vor Hochwasser geschützte Notstromdiesel. Fukushima hatte dagegen lediglich zwei, vor größeren Tsunami-Wellen ungeschützte Notstromdiesel. Gemäß dem kerntechnischen Regelwerk sind die deutschen Anlagen mindestens gegen ein zehntausendjährliches Hochwasser ausgelegt.

Tatsächlich gibt es bei allen bayerischen Anlagen noch erhebliche Sicherheitsreserven für den Fall eines zehntausendjährlichen Hochwassers. Der Sicherheitsabstand in Gundremmingen beträgt mehr als einen Meter. Im Jahr 2011 wurde von der Reaktorsicherheitskommission eine Robustheitsbewertung im Rahmen einer national angelegten anlagenspezifischen Sicherheitsüberprüfung deutscher Kernkraftwerke unter Berücksichtigung der Ereignisse in Fukushima durchgeführt. Im Jahr 2012 wurde von der EU-Kommission der Abschlussbericht zum EU-Stresstest für Kernanlagen veröffentlicht. Im Ergebnis beider Überprüfungen zeigte sich, dass für das Kernkraftwerk Gundremmingen die nach dem Atomgesetz erforderliche Vorsorge gegen Schäden uneingeschränkt gegeben ist und keine Hinweise auf Sicherheitsdefizite vorliegen.

Auch jenseits der auslegungsgemäßen Störfallbeherrschung verfügt die Anlage über erhebliche Sicherheitsreserven. An den im Kernkraftwerk durchzuführenden Überprüfungen wirken zahlreiche unabhängige Sachverständige mit, in Bayern zum Beispiel der TÜV Süd als atomrechtlicher Sachverständiger nach § 20 des Atomgesetzes oder

auf Bundesebene die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit. Erwähnt sei auch, dass das Kernkraftwerk Gundremmingen gegen den Absturz eines schnell fliegenden Militärflugzeugs ausgelegt ist.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, darf ich Sie an die Zeit erinnern?

Hans Ritt (CSU): Ich komme schon zum Schluss. – Werte Kolleginnen und Kollegen, es besteht daher kein Anlass für die bayerische Atomaufsichtsbehörde, eine vorzeitige Abschaltung des Kraftwerks zu veranlassen. –

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, Sie haben die Zeit um eine Minute überschritten. Bitte beenden Sie Ihre Rede.

Hans Ritt (CSU): In Gundremmingen besteht kein sicherheitsrelevanter Mangel.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste und Letzte hat nun Frau Staatsministerin Aigner das Wort. Bitte schön, Frau Ministerin.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, ich bleibe ausdrücklich dabei, dass das, was heute vonseiten der GRÜNEN suggeriert worden ist, unverantwortlich ist.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, Sie suggerieren, dass das Kernkraftwerk in Gundremmingen absolut vergleichbar sei mit dem Kernkraftwerk in Fukushima. Das ist de facto falsch.

(Christine Kamm (GRÜNE): Nein!)

– Doch, das suggerieren Sie. Sie tun das deshalb, weil die GRÜNEN schon immer verursacht haben, Kapital daraus zu schlagen, wenn sie den Menschen vor irgendetwas Angst einjagen. Das halte ich für unverantwortlich.

(Beifall bei der CSU)

Punkt zwei: Nach dem Unfall in Fukushima, den wir alle mit Entsetzen beobachtet haben, wurde bei allen Kernkraftwerken in Deutschland eine Sicherheitsbewertung vorgenommen, auch in Gundremmingen, und zwar von mehreren unabhängigen Stellen. Dies waren die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit, die Reaktorsicherheitskommission, die Bayerische Kommission für Reaktorsicherheit sowie der TÜV Süd und die EU-Kommission. Meine Damen und Herren, Sie behaupten jetzt, hier gebe es ein Sicherheitsrisiko. Ich halte das für Panikmache und für Angstmache. Das ist unverantwortlich.

Punkt drei: Soweit ich weiß, sitzt im Bundesumweltministerium keine der Union zugehörige Ministerin, sondern eine Ministerin der SPD, die sehr verantwortlich handelt. Hier geht es um Entscheidungen, die etwas mit dem Eingriff in das grundgesetzlich geschützte Eigentum zu tun haben. Für solche Eingriffe sind sicherheitsrelevante Begründungen erforderlich. Solche Begründungen können nicht einfach so behauptet werden. Sie wissen, dass im Moment geklagt wird. Das ist nicht so einfach. Deshalb halte ich den Zeitplan unseres Vorgehens für geeignet und hoffe, dass wir uns gemeinsam daran halten werden.

Ich möchte noch etwas zum Zeitplan und zu den Grundlagen sagen. Ich weiß nicht, wer von Ihnen gesagt hat, dass wir vor der Zeit wären. Das ist nett, dass Sie uns das zugestehen. Wir sind mit der Thüringer Strombrücke im Zeitplan. Sie sollte im Jahr 2015 fertiggestellt werden. Das ist die Grundlage für den Netzentwicklungsplan. Wir haben das Kraftwerk in Grafenrheinfeld ein halbes Jahr früher ausgeschaltet. Die kritischen Wintermonate waren nicht relevant, deshalb wurde dieses Kraftwerk im

Sommer ausgeschaltet. Der Eigentümer hat dieses Kraftwerk freiwillig abgeschaltet. Deshalb können Sie das nicht vergleichen.

Sie argumentieren so, als ob mit der Fertigstellung der Thüringer Strombrücke alles in Ordnung wäre. In diesem Fall bräuchten Sie nach Ihrer Logik keine zusätzlichen Übertragungsleitungen. Hier muss ich Herrn Kollegen Glauber recht geben. Hier machen Sie logisch einen Fehler.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Isar 2 läuft noch!)

Wir haben zwei HGÜ-Leitungen. Wir diskutieren über zwei verschiedene Faktoren: Der eine Faktor ist die gesicherte Leistung für Bayern. Dafür haben wir noch ein Atomkraftwerk. Der andere Faktor ist die Menge. Wir haben über diese zwei Faktoren im Rahmen des Energiedialogs rauf und runter diskutiert. Ich gebe Herrn Kollegen Huber ausdrücklich recht: Es geht nicht nur um eine bestimmte Menge, sondern auch darum, wann diese Menge zur Verfügung steht. Wir haben einen Exportüberschuss, was auch damit zu tun hat, dass in der Zeit, in der zu viel Windkraftstrom vorhanden ist, die Kohlekraftwerke zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, wo Sie Verantwortung tragen, nicht abgeschaltet werden, sondern weiterlaufen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU – Dr. Florian Herrmann (CSU): Genau!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb möchte ich ausdrücklich sagen: Sicherheit zu haben, ist ein wichtiges Gut. Wir brauchen eine Gesamtschau von Leistung bis Menge, vom Ausbau der erneuerbaren Energien bis zur gesicherten Leistung. Der Netzentwicklungsplan auf der Bundesebene ist eine Grundlage, die wir mühsam erarbeitet haben. Wir haben einen Konsens, da wir wissen, dass wir auf die Preise achten müssen. Meine Damen und Herren, aus reiner Panikmache punktuell Elemente aus diesem Konzept herauszubrechen, halte ich für unverantwortlich und lehne ich ab.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.